

Zum Geleit

Liebe Leser, liebe Freunde und Wohltäter
unseres Hauses Königstein!

Als die Manuskripte dieses Heftes unserer Mitteilungen für die Druckerei vorbereitet wurden, waren bereits seit sechs Monaten die meisten Einschränkungen wegen der anhaltenden Corona-Pandemie immer noch in Kraft. Wir hatten zwar gehofft, in diesem Heft neue Termine für die beiden verschobenen Fahrten nach Wien ankündigen zu können, aber die Gefahr einer Ansteckung ist angesichts einer befürchteten zweiten Welle der Pandemie immer noch sehr groß, zumal wir fast alle vom Alter her zur Risikogruppe gehören.

Wir können aber feststellen, dass trotz der Nachrichten über Neuansteckungen und weltweit Neuinfizierten unser Haus Königstein seine Arbeit weitergeführt hat. Das ist nicht nur unseren ehrenamtlichen Mitarbeitern zu verdanken, sondern vor allem Ihnen, den vielen Freunden und Wohltätern, die uns weiterhin geholfen und unterstützt haben. Dafür sprechen die Anrufe, Briefe und E-Mails und nach der Erleichterung und Aufhebung der strengen Auflagen, auch die Besuche mit Gesichtsmaske und Mindestabstand im Institut und Ihre Spenden, die weiterhin eingingen und uns geholfen haben, unsere Arbeit zu tun.

Wenn wir auf das Echo von Heft 2-2020 zurückblicken, so konnten wir nicht nur bei der Vorstandssitzung am 8. September, sondern fast täglich feststellen, dass Sie uns zwar in Sorge, aber auch mit Zuspruch begleitet haben. Unsere Beiträge in Heft 2 über das Wiesbadener Abkommen, über den hl. Klemens Maria Hofbauer, über Heimatpriester und Königsteiner Professoren sind beachtet und teilweise nachgedruckt worden und haben uns viele Nachfragen gebracht.

Im Geleit des Heftes 1-2020 hat unser 2. Vorsitzender, der Altkönigsteiner Prof. Dr. Adolf Hampel von drei Säulen der Thematik unserer Arbeit gesprochen: Kirchen- und Geistesgeschichte der böhmischen Länder, die Geschichte der alten k. und k. Monarchie, zu der unsere Heimat jahrhundertlang gehörte und die Aufgabe, für Menschenrechte einzutreten und gegen jede Missachtung zu kämpfen.

Das zeigen die Artikel in diesem neuen Heft. Der Verlust der Heimat begann nicht mit dem Kriegsende 1945, sondern mit der Flucht der gefährdeten Nazigeegner seit 1933 und durch die „freiwillige“ Umsiedlung

von über 910 000 Ostdeutschen durch den Hitler Stalin-Pakt, der den Deutschen aus dem Baltikum, aus Bessarabien, der Bukowina, aus Galizien, der Dobrudscha und aus Bosnien die Heimat raubte. Es war das „größte internationale Verbrechen des Jahres 1939“ schreibt der deutsch-jüdische Lette Mavriks Vulfsons, denn die Umsiedlungsverträge beider Diktatoren schlugen ein neues Kapitel ethnischer Säuberung auf und setzten Völkerströme in Bewegung, die durch den Zweiten Weltkrieg zum Strudel der Ereignisse wurden, die in der Vertreibung von mehr als einem Dutzend Millionen Deutscher endeten, unter ihnen auch mehr als drei Millionen Deutscher aus der Tschechoslowakei.

Welches Unrecht es auch nach dem Ersten Weltkrieg gab, soll der Artikel über Syrien aufzeigen, wo der lange Krieg Hundertausende von Toten und Millionen Flüchtlinge und Vertriebene brachte, von denen viele in Deutschland sind. Dass nur die Schaffung eines kodifizierten Volksgruppenrechts solches Unrecht verhindert, zeigt der Beitrag über die Erklärung der Kommission 10 *Europa* des Zentralkomitees der deutschen Katholiken und ihre Forderung für Solidarität für ethnische, kulturelle und religiöse Minderheiten. Wie es leider in der Wirklichkeit aussieht, erfahren Sie im Artikel über den ermordeten Bischof Luigi Padovese in der Türkei und über die Zankäpfel in den orthodoxen Kirchen. Dass dabei oft die Rolle von *Opfern* und *Tätern* gesehen werden muss, zeigt unser Vorsitzender, Pfarrer Helmut Gehrman, in seinem Beitrag.

Mit dem Dank für Ihre Hilfe und Treue grüße ich Sie alle im Namen des Vorstandes und der Mitarbeiter. Bleiben Sie gesund! Auf Wiedersehen in Ockstadt,
10. September 2020, am Fest des seligen Karl Spinola, der in Prag geboren wurde und als Missionar in Nagasaki den Märtyrertod erlitt.

Ihr



Bitte unterstützen Sie die Arbeit
unseres Instituts auch weiterhin durch Ihre Spende!
Auch wenn uns zahlreiche Helfer beim Umzug zur Seite standen,
bringt der Umzug doch einige Kosten. Wir vertrauen auf Sie und
bitten um Ihre Hilfe, um in Friedberg weiterhin eine
sudetendeutsche Oase in Oberhessen zu sein.

Festlegung auf die Opferrolle verhindert Neubeginn.

Seit der Vertreibung der Deutschen aus Böhmen, Mähren und Schlesien sind fünfundsiebzig Jahre vergangen. Obwohl die Sudetendeutschen auf jegliche Vergeltung verzichtet haben, fällt auf, dass von offizieller tschechischer Seite ein Dialog mit Vertretern der Vertriebenen weitgehend verweigert wird, wenn man von Ausnahmen absieht. Versöhnung findet eher im privaten, persönlichen Bereich statt. Das offizielle Prag schweigt oder bekräftigt seine bisherige Distanzierung zu den Anliegen der Sudetendeutschen. Das ist Grund genug, sich einmal mit möglichen Ursachen für diese Haltung auseinanderzusetzen.

Durch die Auseinandersetzung mit sexuellem Missbrauch ist die Erkenntnis gewachsen, dass auf diesem Gebiet die Täter ganz häufig zunächst selber Opfer waren. Waren wir lange einem bestimmten Verhalten ausgesetzt, kann es sein, dass wir Verhaltensweisen übernehmen, die wir bei nüchterner Betrachtung als falsch ablehnen würden. Da aber das Aufarbeiten negativer Erlebnisse damit verbunden ist, sich mit ihnen auseinanderzusetzen, genauer hinzuschauen, besteht eine Möglichkeit, das zu unterlassen, weil wir Menschen dazu neigen, Unangenehmes auszublenden, um uns selbst zu schützen. Aber in manchen Fällen ist es wichtig, mutig auf traumatisierende Ereignisse zu blicken, um genau nicht das eintreten zu lassen, was die Folge nicht aufgearbeiteter Negativerlebnisse sein könnte: nämlich selbst zum Täter zu werden.

Es gibt Menschen, die in Kriegsgebieten Opfer ungerechter Gewalt werden, Opfer von Raub, Mord, Vergewaltigung. Es gibt Menschen, die in desolate soziale Verhältnisse hineingeboren werden und dort aufwachsen müssen. Es gibt Kinder, die missbraucht werden, nicht nur sexuell, sondern auch durch Indoktrinierung und Ideologisierung. Und das alles ist ihnen widerfahren, ohne dass sie persönliche Schuld auf sich geladen hätten. Hinzu kommt, dass wir auch Opfer von Naturkatastrophen werden können, sei es ein Erdbeben, eine Feuersbrunst oder eine Überschwemmung. Solchen Menschen erscheint das Leben nicht selten als ungerecht. Sie müssen solche Dinge durchmachen, ohne Schuld auf sich geladen zu haben.

Aber daneben gibt es auch Menschen, die immer nur das Gefühl haben, dass andere Menschen oder das Schicksal es schlecht mit ihnen meinen. Es gibt Menschen mit einem Verfolgungswahn, nach dem Motto: alle anderen wollen mir übel. Wären meine Nachbarn, meine Arbeitskollegen nur anders, würde es in meinem Leben besser

laufen. Wäre ich doch nur als kleines Kind von meinen Eltern mehr geliebt und angenommen worden, hätte ich dort mehr Zärtlichkeit erlebt, wäre ich ein anderer Mensch, mit weniger Problemen und mehr Selbstvertrauen. Menschen, die so fühlen, fühlen sich auch nicht selten dem Leben ausgeliefert, bleiben passiv, warten auf das nächste negative Ereignis und führen ein Leben als ständiges Opfer. An allem sind immer nur die anderen Schuld.

Auf die Frage, was es für Vorteile bringt, sich ständig als Opfer zu fühlen, lässt sich antworten, dass die Opferrolle einer gewissen Bequemlichkeit entgegenkommt. Man muss nicht über alles nachdenken, nicht alles definieren, sich nicht zu allem verhalten, denn man besetzt ja von Vorneherein die Rolle des Opfers. Opfersein erspart Denkanstrengungen und vor allem bewahrt die Opferrolle davor, sein eigenes Leben ändern zu müssen. Der zweite wichtige Punkt, der möglicherweise sogar der wesentliche ist: Es gibt für alles das, was schiefgelaufen ist, eine Erklärung. Man ist eben ein Opfer des anderen geworden und dagegen lässt sich halt wenig ausrichten. Jemand, der sich für jemanden ansieht, der ständig verfolgt wird, muss sich nicht für das eigene Leben verantwortlich fühlen. Er kann alles auf die ungerechte Welt, die ihn umgibt, abwälzen. Er ist nicht zur Rechenschaft zu ziehen, denn er wäscht ja seine Hände stets in Unschuld. Ein solcher Mensch kann sich hinter seiner Opferrolle verstecken, er muss sich nicht anstrengen, er muss nichts selbst in die Hand nehmen, seine Aktivitäten beschränken sich in der Regel auf Entschuldigungen und den Hinweis auf die Bedrängung durch den anderen. Er kann sich im Lebensschmerz wälzen und dabei anklagend auf alle die zeigen, denen er diese Situation vermeintlich zu verdanken hat.

So bequem die Opferrolle auf den ersten Blick erscheinen mag, sie führt immer in die Passivität. Sie führt zu einem Leben, das bestimmt ist, vom Gefühl, Spielball der Bedränger zu sein. Aus dieser gefühlten Ohnmacht heraus sucht man nach Menschen, die einem vermeintlich bereit sind, zu helfen. Man sucht Menschen, die einen in der Opferrolle bestärken: Was bist du doch für ein armer Mensch, was hast du doch für ein schlimmes Schicksal und was hast du für schlimme Feinde! Die Opferrolle führt zu einer Suche nach falschen Freunden, die einen in der Opferrolle bestätigen und nichts tun, um den anderen zur Selbsthinterfragung oder zur eigenen Aktivität zu führen. Das kann zur völligen Abhängigkeit von diesen falschen Freunden führen. Diese können ab einem bestimmten Moment auf die Idee kommen, diese „Selbstbestätigungsfreundschaft“ für ihre eigenen Zwecke auszunutzen. „Weil ich dich in deiner Opferrolle bestätige, musst du machen, was ich will.“ Dieses Zusammenspiel kann lange Zeit funktionieren, bis der Ausnutzer plötzlich andere Interessen verfolgt und die Unterstützung des Opfers ihm nichts mehr bringt. Dann lässt er

den Inhaber der Opferrolle gnadenlos fallen und für diesen kann es dann ein böses Erwachen geben.

Durch die Fixierung auf die Opferrolle kann das Opfer allerdings auch in Abhängigkeit zum wirklichen oder vermeintlichen Täter gelangen. Ich brauche als Opfer dann immer diesen Täter, der an allem Schuld ist. Es kann nicht zu einem persönlichen Neubeginn kommen, zu einer neuen Sicht auf mich selbst und meine Umgebung, auch nicht zu einem aktiveren Leben. Das Schuldigsein des Täters an meinem Elend zieht mich als Opfer immer wieder zu ihm zurück. Das Opfer benötigt den Täter zur Erklärung von Sinnzusammenhängen.

Neben persönlichen Traumata gibt es noch solche kollektiver Art. Das jüdische Volk dürfte das schlimmste Ereignis dieser Art im Holocaust erlebt haben. Aber auch die Deutschen haben in der Geschichte ihre traumatischen Kollektivereignisse erlebt; ein ganz bedeutendes war der Dreißigjährige Krieg. Dreißig Jahre lang war Deutschland Schauplatz von Kriegshandlungen, die Mord, Plünderungen, Verwüstungen und Seuchen nach sich zogen. Die Einwohnerzahl des Landes hatte sich halbiert. Das führte bei späteren Kriegen dazu, dass man unbedingt vermeiden wollte, dass der Krieg auf dem Territorium des eigenen Landes geführt wird. Deutsches Militär begann, sich auf Angriffsstrategien festzulegen, um der eigenen Bevölkerung die Schrecken fremder Besatzungen zu ersparen, um das eigene Land vor Verwüstungen zu bewahren. Durch diesen Strategiewechsel von der Verteidigung zum Angriffskrieg wurden die Deutschen von Opfern zu Tätern. In der schlimmen Erfahrung des Dreißigjährigen Krieges lag ein wichtiger Grund für das preußische Militär, um Angriffsstrategien zu entwickeln, in den Kriegen 1870 mit Frankreich und später 1914 nicht zu warten, bis man von Frankreich angegriffen wurde, sondern selbst initiativ zu werden und den Krieg in das Nachbarland hinein zu führen. Auch wenn es schwierig ist, geschichtliche Eventualitäten zu konstruieren, gibt es starke Indizien dafür, dass Großbritannien 1914 nicht in den Krieg eingetreten wäre, wenn Deutschland nicht über Belgien in Frankreich einmarschiert wäre, sondern sich stattdessen mit der Verteidigung der Westgrenze begnügt hätte. In diesem Fall wäre es sehr wahrscheinlich gewesen, dass Deutschland nach der Niederwerfung Russlands – was ja auch geschah – danach Frankreich hätte besiegen können. So führte ein traumatisches Erlebnis der Deutschen zu einer folgenschweren strategischen Fehlentscheidung.

Auch die Tschechen hatten in der Entwicklung ihres nationalen Gedankens ihr nationales Trauma zu bewältigen. Die Schlacht am Weißen Berg 1620 war nicht nur ein Sieg des Katholizismus über den reformatorischen Gedanken, sondern wurde in der Folge als nationale Katastrophe für die Tschechen, von Deutschen verursacht, gedeutet. Dass es sich bei dieser Deutung weitgehend um eine Fehleinschätzung

gehandelt hat, haben zahlreiche Historiker nachgewiesen. Allerdings scheint es bei kollektiver Traumabewältigung weniger erheblich zu sein, ob eine Katastrophe sich tatsächlich so ereignet hat, wie in nationalen Überlieferungssträngen behauptet wird, oder ob die „nationale Katastrophe“ lediglich herbeigeschrieben wurde, um Gründe für ein wehrhaftes nationales Narrativ kultivieren zu können.

Doch die weitgehend in der tschechischen Gesellschaft übernommene Sichtweise auf die Geschichte, sei sie nun richtig oder falsch, zog fatale Konsequenzen für das Zusammenleben von Tschechen und Deutschen nach sich, besonders durch die Festlegung der Tschechen auf die Opferrolle. Bei der Entwicklung der eigenen nationalen Identität, eine Erscheinung, die im 19. Jahrhundert einen allgemeinen Prozess darstellte, war man beeinflusst vom Blick auf die Nachbarnationen. Beim Blick auf den deutschsprachigen Kulturkreis konnte man sich durch dessen kulturelle, wirtschaftliche und industrielle Entwicklung bedrängt fühlen. Allerdings konnte von einer deutschen Nation im heutigen Sinne zu Beginn des 19. Jahrhunderts noch nicht die Rede sein. Die Deutschen hatten zwar keinen geschlossenen Nationalstaat wie die Franzosen, aber dennoch hatte der deutschsprachige Kulturraum große Leistungen in kultureller, philosophischer, literarischer und musikalischer Hinsicht aufzuweisen. Man muss kein Nationalist sein, wenn man beim Blick auf die ausländische Rezeption deutscher Innovationsleistungen feststellt, dass die deutschen Kulturleistungen als gewaltig eingestuft wurden. Die Tschechen dürften in Europa das Volk sein, das bis ins 19. Jahrhundert am engsten mit dem deutschen Kulturkreis verbunden gewesen ist. Besonders greifbar wird das in der bildenden Kunst des 18. Jahrhunderts, als deutsche in der Verbindung mit tschechischen Künstlern in Böhmen eine Barockkultur entfalteten, die in Europa ihresgleichen sucht. Ebenso fruchtbar war die gegenseitige Durchdringung im musikalischen Bereich. Böhmisches Musiker, aus dem tschechischen wie aus dem deutschen Sprachraum bevölkerten die größeren und kleineren Höfe Europas.

Aber wie es beim Blick auf eine hochstehende Persönlichkeit sein kann, dass man daraus ein Gefühl der eigenen Kleinheit entwickeln kann, das zu einem kritisch-ablehnenden Blick auf den Nächsten führt. Beim Blick der Tschechen auf die Deutschen kam es zu einer verzerrten Wahrnehmung. Zunächst im Hinblick auf die eigenen Leistungen. Masaryk bekennt in einer seiner Schriften, dass die Kleinheit der tschechischen Nation für manchen Tschechen ein großes Problem darstelle. Es gewann also die Überzeugung an Boden, dass man nicht zusammen mit dem großen Nachbarn die Zukunft für das eigene Volk sinnvoll gestalten könne, sondern nur in der Abwehr gegen den als übermächtig empfundenen Nachbarn. So besann man sich

in diesem Zuge weniger auf die verbindenden historisch-kulturellen Wurzeln, sondern auf Zeiten der Abwehr. So wurden die Hussiten mit ihrer erfolgreichen Zurückdrängung der Deutschen zu einem nachahmenswerten Ideal für die Gestaltung der nationalen Zukunft. Der Tscheche hat einen ewigen Abwehrkampf zu bestehen. Dass man beim ständigen Kämpfen gegen einen anderen nicht immer nur Opfer sein kann, sondern zwangsläufig in gewissen Situationen auch zum Täter werden muss, versteht sich von selbst und kann schon fast als Binsenweisheit angesehen werden.

Hier hat wohl die Festlegung auf die Opferrolle ihren vermeintlich brauchbarsten strategischen Vorteil im Kampf gegen den anderen: Der kämpferische Abwehrmodus kann so am besten aufrechterhalten werden. Allerdings kann es bei Festlegung auf die Opferrolle auch nicht zu einer wirklichen Aussöhnung kommen.

Als Christen ist uns die Aussöhnung als ein zentrales Glaubensmoment aufgetragen. Ein Christ, der sich nicht versöhnen will, ist ein Widerspruch in sich. Dabei ist es wichtig, auch die eigene Schuld ins Auge zu fassen, zu betrachten und dafür um Verzeihung zu bitten. So müssen sich Sudetendeutsche ihr Verhalten vor 1938 sehr wohl hinterfragen lassen. Wie konnte es sein, dass man sich trotz aller wirklichen oder vermeintlichen Zurücksetzungen und Benachteiligungen als Deutsche in der Tschechoslowakischen Republik, sich auf Politiker wie Henlein und Hitler eingelassen hat? Es gab genügend politisch verfolgte Demokraten, die sich vor dem Nationalsozialismus in das Nachbarland geflüchtet hatten und von den Methoden des repressiven Systems Hitlers Zeugnis geben konnten.

Andererseits sind die Tschechen gehalten, sich mit Gründungsmythen, bzw. sogar -lügen der Tschechoslowakischen Republik auseinanderzusetzen. Wie konnte es sein, dass in einem Staat, der sich als demokratischer Rechtsstaat verstand, die Mehrheit hemmungslos auf Kosten der Minderheit lebte und Programme der Verdrängung der Deutschen aus allen Bereichen der Wirtschaft und Kultur nicht nur öffentlich propagierte, sondern auch praktiziert hat?

Das „Sich-Bekennen“ zu den eigenen Fehlern, das Bitten um Verzeihung, das Abstreifen der Opferrolle wird eine Versöhnung möglich werden lassen. Mögen die Menschen, die sich auf diesen Weg machen, zunehmen an Zahl und Einsichtsfähigkeit.

Helmut Gehrman

Die Detmolder Erklärung 1950

Am 4. August dieses Jahres jährte sich der 70. Jahrestag des Wiesbadener Abkommens, diesem wichtigen Meilenstein sudetendeutsch-tschechischer Aussöhnung. Im Heft 2 dieses Jahres haben wir dieses Abkommen gewürdigt und haben uns über das Echo darauf gefreut, auch über die Nachdrucke in anderen Publikationen. Da auch Anfragen zur Detmolder Erklärung kamen, bringen wir diese Erklärung im Wortlaut, denn in Detmold wurden Richtlinien sudetendeutscher Außenpolitik festgelegt. „Die Sudetendeutsche Landsmannschaft betrachtet sich als die außerhalb der Heimat gegebene Gestaltung der sudetendeutschen Volksgruppe und diese als Glied des deutschen Volkes. Sie ist sich, erst recht in der Notzeit, der Schicksalsverbundenheit mit Deutschland bewußt. Sie ist bereit, mit allen übrigen aus der Heimat vertriebenen Deutschen zur Vertretung gemeinsamer Interessen zusammenzuarbeiten. ...

Die sudetendeutsche Volksgruppe betrachtet es als ihre Aufgabe, sich selbst dem deutschen Volke zu erhalten, ihr Heimatbewußtsein und den Rechtsanspruch auf die Heimat wachzuhalten und ihr grenzdeutsches Erfahrungsgut dem Deutschtum zu vermitteln. Ihr Ziel ist die Wiedergewinnung der Heimat. Im Kampf um die Erreichung dieses Zieles erwartet sie die Unterstützung des ganzen deutschen Volkes, wie auch die aller anderen Völker, die für Recht und Menschenwürde einzutreten bereit sind. Die Erfüllung der Aufgabe, Existenz und Substanz der Volksgruppe zu sichern, setzt die Erhaltung und Förderung jedes Einzelnen voraus und verpflichtet alle Sudetendeutschen ohne Unterschied der Herkunft, der Konfession, der Parteizugehörigkeit und des sozialen Standes zu gegenseitiger Hilfeleistung und Zusammenstehen auf allen Lebensgebieten. Die Existenzen müssen durch eine planmäßige gegenseitige Wirtschaftshilfe gesichert, das Heimatbewußtsein muß durch den Einsatz aller kulturellen, der Rechtsanspruch auf die Heimat durch den Einsatz aller politischen Kräfte wachgehalten werden.

In der Erkenntnis, daß Deutschland und die sudetendeutsche Volksgruppe in erhöhtem Maße nicht mehr Subjekt, sondern nur Objekt der internationalen Politik sind, sieht die sudetendeutsche Volksgruppe in der Arbeit an ihrem inneren Aufbau und in der Aufklärungsarbeit in aller Welt ihre derzeit beste Außenpolitik. Sie will zum Zeitpunkt einer Gestaltungsmöglichkeit, die ihr die Wiedergewinnung ihrer Heimat verspricht, geschlossen bereitstehen, um dann ihr künftiges Schicksal aus eigener Verantwortung selbst entscheiden zu können. Sie lehnt daher einen Streit um außenpolitische Wunschbilder, Theorien und Doktrinen ab, zumal durch ihn die erforderliche Einheit der Volksgruppe gefährdet und ihre Aufspaltung unvermeidlich wäre.

Die sudetendeutsche Volksgruppe ist gewillt, mit allen geistigen, wirtschaftlichen und sittlichen Kräften an einer Neugestaltung Europas zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet auf der Grundlage der Selbstbestimmung seiner Völker mitzuarbeiten. Da die Anerkennung einer Kollektivschuld allen gesitteten Auffassungen widerspricht, betont die Volksgruppe trotz der furchtbaren Erfahrungen seit 1945, daß sie Europa nicht auf Vergeltung und Rache, Haß und Ressentiments, sondern auf Rechtsgrundsätzen und der Wahrung der Menschenwürde unter allen beteiligten Völkern aufgebaut wissen will.“ Detmold, den 25. Januar 1950, Dr. Rudolf Lodgman von Auen, Sprecher der SL

Das Detmolder Abkommen hat eine Vorgeschichte. Erst 1949 war die Sudetendeutsche Landsmannschaft als Bundesverband gegründet worden, nachdem aus den drei westlichen Besatzungszonen die Bundesrepublik Deutschland hervorgegangen war. Bereits Ende August 1949 hatten zwei Sudetendeutsche, der christlich-soziale Politiker Hans Schütz und der Augustiner P. Paulus Sladek die Gelegenheit, über die Tragödie der sudetendeutschen Vertreibung zu sprechen. Beide waren 1946 Mitbegründer der Ackermann-Gemeinde in München und seit der Gründung der Ostpriesterhilfe Freunde und Mitarbeiter von Pater Werenfried van Straaten. Sie wurden zur Weltkonferenz der „Gesellschaft für Moralische Aufrüstung“ nach Caux in die Schweiz eingeladen. Diese christliche Erneuerungsbewegung war 1938 von dem amerikanischen lutherischen Theologen Frank Buchmann gegründet worden. Sladek und Schütz konnten dort referieren und mit vielen Teilnehmern über das Drama der Vertreibung sprechen und mussten erfahren, wie sehr die Vertreibung der Sudetendeutschen vor allem für Schweizer, Holländer und Skandinavien im politischen Zwielficht stand.

P. Paulus Sladek (1908-2002) war in Trebnitz bei Lobositz geboren, hatte den Taufnamen Fritz und war 1926 in Prag bei den Augustinern eingetreten, wo er den Ordensnamen Paulus erhielt. Er war vom Bund „Staffelstein“ geprägt, der eine sudetendeutsche Wiedergeburt im katholischen Geiste erstrebte. Er hatte an der Deutschen Universität Prag promoviert und sich habilitiert und sich als Beirat des „Staffelstein“ hervorgetan. Im Zweiten Weltkrieg war er als Sanitäter in der Ukraine eingesetzt. Nach dem Krieg war er mit Hans Schütz 1946 einer der Gründer der Ackermann-Gemeinde und war bereits 1945 Geistlicher Beirat der Kirchlichen Hilfsstelle München.

Aus den in Caux gemachten Erfahrungen, Gesprächen und Diskussionen, die Hans Schütz und P. Paulus Sladek führten, entstand dann die Eichstätter Erklärung der Ackermann-Gemeinde vom 27. November 1949, die Bundeskanzler Konrad Adenauer am 14. Dezember desselben Jahres „richtig und sehr gut“ nannte, als er

eine Unterredung mit Hans Schütz hatte. Vorarbeit für das Wiesbadener Abkommen leistete auch die Detmolder Erklärung vom Januar 1950.

Für das Treffen in Eichstätt waren sudetendeutsche Politiker, Wissenschaftler und Journalisten aus allen politischen Lagern eingeladen worden, dem christlichen, sozialdemokratischen und dem nationalen. Die Namen der Unterzeichner der Erklärung, die mit Hans Schütz und P. Paulus Sladek ihre Unterschrift gaben, beweisen die Vielfalt der Teilnahme von Männern sudetendeutscher Gesinnungsgemeinschaften: Dr. Hermann Götz, Wenzel Jaksch, Richard Reitzner, Dr. Walter Becher, Dr. Eugen Lemberg, Dr. Emil Franzl u.a. Lodgman von Auen, Vorsitzender der 1949 gegründeten „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ war nicht darunter. Aber in seiner „Detmolder Erklärung“ vom Januar 1950 stimmte er mit den Grundforderungen der Erklärung von Eichstätt überein, vor allem „Europa nicht auf Vergeltung und Rache, Haß und Ressentiments“ aufzubauen.

Bereits Ende 1945 hatte P. Paulus das „Sühnegebet und Gelöbnis der Heimatlosen“ verfasst, das dann jahrelang auf vielen Wallfahrten der Vertriebenen gebetet wurde. Er regte für die Heimatvertriebenen ein *Lied der Heimatlosen an Maria* an, dessen Text Franz Lorenz schrieb und dessen Melodie Walter Hensel schuf: „Von Krieg und Not geschlagen, hilf uns das Elend tragen“. Es ist heute vergessen, im Gegensatz zum *Neuzeller Wallfahrtslied*, das im Gotteslob der Berliner Ordinarien-Konferenz im Anhang der Diözesen der DDR aufgenommen wurde.

Rudolf Grulich

„Wie ein Weizenkorn“

Vor zehn Jahre wurde Bischof Luigi Padovese ermordet.

Am 3. Juni 2010 erschreckte die Nachricht, dass Bischof Luigi Padovese ermordet worden sei, die Christenheit und die Weltöffentlichkeit. Als Apostolischer Vikar von Anatolien betreute er seit 2004 ein Gebiet größer als Deutschland, in dem aber nur noch 5 000 katholische Gläubige zwischen Schwarzem Meer und Syrien leben. Ich traf Bischof Padovese zum ersten Mal am Fest Peter und Paul 2006 in Antakya, als ich für *Kirche in Not* deutsche Journalisten durch die Türkei begleitete. Der 29. Juni ist in Antakya, dem alten Antiochien, für die Christen Wallfahrtstag und Volksfest. Auf dem Platz vor der Petersgrotte waren Gläubige und Priester mit katholischen und orthodoxen Bischöfen aus der Türkei, Syrien und dem Libanon zu einem ökumenischen Gottesdienst versammelt. Vertreter staatlicher Behörden sprachen Grußworte, auch der Nuntius war aus Ankara gekommen. Nach dem Gottesdienst nahm sich der Bischof

Zeit im Hof der katholischen Kirche für ein langes Gespräch mit den Journalisten und beeindruckte alle, wie er in gutem Deutsch eine Analyse der Lage der Kirche in der Türkei bot. Er war erst eineinhalb Jahre als Apostolischer Vikar und Bischof in Iskenderun, aber als Kirchenhistoriker und Patrologe war er seit Jahrzehnten mit der Kirche Kleinasiens verbunden.

Luigi Padovese wurde am 31. März 1947 in Mailand geboren und trat 1965 in den Kapuzinerorden ein, in dem er 1973 zum Priester geweiht wurde. Seine theologischen Studien absolvierte er am Päpstlichen Antonianum, seine besondere Ausbildung in Patristik und Religionsgeschichte an der Päpstlichen Universität Gregoriana in Rom und an der Julius-Maximilians Universität in Würzburg. Promoviert wurde er an der Gregoriana. 1977 begann er seine Lehrtätigkeit in Patrologie und Theologiegeschichte am Theologischen Studium des Kapuzinerordens in Mailand, seit 1979 am Päpstlichen Institut für Auslandsmission (PIME). Seit 1995 war er ordentlicher Professor für Patrologie am Antonianum und auch Gastprofessor für die Geschichte der Spiritualität der Patristik an der Gregoriana. In seinem Orden übernahm er verschiedene Aufgaben. Er war seit 1990 auch Präsident des Franziskanischen Instituts für Spiritualität und war seit 1982 bereits verantwortlich für die Publikationen dieses Instituts. In der Zeit seiner akademischen Lehrtätigkeit entstanden zahlreiche Werke über die Theologie der Kirchenväter. Ich erwähne nur *Agostino di Ippona. Sermoni per i tempi Liturgici* über die Predigten des hl. Augustinus zum Kirchenjahr oder *Das Problem der Politik in den ersten christlichen Gemeinschaften*, ferner *Gottsucher: Auf den Spuren der heidnischen, jüdischen und christlichen Aszeten der ersten Jahrhunderte*. 2005 erschien *Die Kirche, die Dir anvertraut ist. Missionspastoral in einer Welt des Wandels*. Er redigierte auch die über 20 Bände mit den Vorträgen der Symposien der Kapuziner in Tarsus und Ephesus und betreute die interkonfessionellen Symposien, die das Franziskanische Institut für Spiritualität zusammen mit der Theologischen Fakultät der orthodoxen Kirche Griechenlands an der Universität Thessaloniki veranstaltete. Weitere Werke sind: *Das Ärgernis des Kreuzes. Die antichristliche Polemik der ersten Jahrhunderte* und eine Einführung in die patristische Theologie.

So war Professor Padovese bestens vorbereitet, als ihn Papst Johannes Paul II. 2004 zum Apostolischen Vikar von Anatolien ernannte. Die Bischofsweihe erhielt er durch den damaligen Apostolischen Nuntius in der Türkei, Edmond Y. Farhat und die beiden Mitkonsekratoren Francesco Gioia, den Erzbischof von Camerino-San Severino Marche, und seinen Amtsvorgänger Ruggero Franceschini, der Erzbischof von Izmir geworden war und nach der Ermordung Padoveses wieder Administrator des Apostolischen Vikariates war.

Ich erinnere mich noch gut an den 11. Oktober 2004, als ich mit einer Gruppe von Lehrern in der Kathedrale von Iskenderun auf Bischof Franceschini wartete, der im Gegensatz zu früheren Besuchen nicht pünktlich war. Als er erschien, entschuldigte er sich, dass er durch ein langes Gespräch mit Rom aufgehalten worden sei. Er teilte uns dann auch mit, dass er als Erzbischof nach Izmir gehen müsse. Seit 1993 war er Apostolischer Vikar von Anatolien. Er war dann als Erzbischof von Izmir bis 2008 Vorsitzender der türkischen Bischofskonferenz, ehe Bischof Padovese dieses Amt übernahm. In diesem Gremium sind alle Riten und Traditionen der Kirche der Türkei vertreten. Mitglieder sind derzeit die beiden Erzbischöfe der katholischen Armenier und des lateinischen Erzbistums Izmir, die Apostolischen Vikare von Istanbul und Anatolien sowie die Patriarchalvikare der Chaldäisch-katholischen Kirche und der Syrisch-katholischen Kirche. Die Katholiken des syrischen Ritus hatten seit der Dezimierung ihrer Kirche 1915 in der Türkei keinen Bischof mehr, nur einen Patriarchalvikar, während die Chaldäer bis zum Tode von Paul Karataş 2005 noch einen Erzbischof hatten. Erzbischof Raratat was mehrfach in Königstein bei den internationalen Kongressen *Kirche in Not*. Die Türkische Katholische Bischofskonferenz ist Mitglied im CCEE, dem Rat der europäischen Bischofskonferenzen. (Consilium Conferentiarum Episcoporum Europae) und Gastmitglied der südosteuropäischen Bischofskonferenzen.

Seine Aufgabe als Hirte des Apostolischen Vikariates und als Vorsitzender der Türkischen Bischofskonferenz sah Padovese im Aufbau des Dialogs. Er betonte, dass dies schwierig sei, aber er wies auch auf positive Ansätze dazu hin und organisierte Tagungen, an denen in Iskenderun auch staatliche Universitäten und Behörden teilnahmen. Bald nach seiner Bischofsweihe musste er den Tod seines Priesters Andrea Santoro in Trabzon erleben. Der italienische Priester war in seiner Kirche von einem Jugendlichen erschossen worden. Als ich ihn noch einige Monate vor seinem Tode besuchte, hatte er alle Teilnehmer meiner Reisegruppe beeindruckt. Er hatte für uns am Nachmittag einen Gottesdienst zelebriert und dann über seine Arbeit in der Diaspora am Schwarzen Meer berichtet. Bischof Padovese benannte das Biblisch-Patristische Zentrum in Iskenderun nach ihm und bezeichnete ihn als Vorbild. Im Vorfeld des Papstbesuches in der Türkei 2006 lud *Kirche in Not* den Bischof zu einer Pressekonferenz in Berlin ein, deren Aussagen die CD dokumentiert, die bei *Kirche in Not* in München erhältlich ist. Bei seinem zweitägigen Aufenthalt in Berlin predigte er bei der Abendmesse, gab Interviews für Rundfunk- und Pressejournalisten und besuchte auch die Ausstellung *Erzwungene Wege* des Zentrums gegen Vertreibung. Die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Frau Erika Steinbach, kam von einer Sitzung des

Bundestages eigens in das Kronprinzenpalais, wo sich der Bischof besonders für die Teile der Ausstellung über die Vertreibungen der Armenier und Griechen, der Italiener aus Istrien und Dalmatien und für das Schicksal der vertriebenen Deutschen interessierte. Er berichtete, er habe bei seinen Seelsorgsaushilfen in Deutschland immer wieder auch Vertriebene kennengelernt und gespürt, wie sie aus dem Glauben Kraft schöpften zur Versöhnung. Das schätzte er auch am Gründer des Werkes *Kirche in Not/Ostpriesterhilfe*, Pater Werenfried van Straaten. Ich hatte Padovese bereits in Antakya das Buch „Sie nennen mich Speckpater“ gegeben und wir sprachen später oft über die Kräfte, die Versöhnung ermöglichen. Das Beispiel der Predigt von Pater Werenfried im belgischen Vinckt erwähnte er mehrfach. Dort hatte die Wehrmacht 1940 alle Männer erschießen lassen. Zehn Jahre predigte Pater Werenfried in Vinckt und bat um Hilfe für die aus dem Osten vertriebenen Deutschen. Bischof Luigis Vision war, auch beizutragen zur Vergangenheitsbewältigung in der Türkei.

Von Berlin aus fuhr der Bischof direkt nach Stegaurach bei Bamberg, wo er über 30 Jahre Urlaubsvertretung für den dortigen Pfarrer gemacht hatte. Nicht nur die Tatsache, dass er zum Ehrenbürger von Stegaurach ernannt worden war, und dass nach seinem Tode der Dorfplatz neben der Kirche seinen Namen trägt, zeigt sein Ansehen und seine Beliebtheit in dieser fränkischen Pfarrei. Nicht nur Bürgermeister und Pfarrer sprechen von „unserem Luigi“, auch viele Gläubige sind heute, zehn Jahre nach seiner Ermordung, noch betroffen und trauern um ihn. Vielen war er als Seelsorger verbunden, da er Taufen, Hochzeiten und Beerdigungen hielt. „Vielen war er durch seine herzliche und liebenswerte Art zu einem persönlichen Freund geworden“, schrieb Pfarrer Walter Ries im Pfarrbrief nach seinem Tode.

Gewaltig war sein Arbeitspensum im Paulus-Jahr, in dem mehr Pilger als sonst auch in sein Vikariat kamen. Mit den türkischen Behörden gab es trotz mancher Rückschläge immer wieder auch hoffnungsvolle Zeichen und Ansätze. Als der türkische Premierminister Recep Tayyip Erdoğan den Christen des Landes eine Weihnachtsbotschaft sandte, erklärte der Bischof als Vorsitzender der Türkischen Bischofskonferenz dazu: „Die Regierung scheint sich endlich um uns zu kümmern. Daher denke ich, dass sich das Klima weiter positiv ändern wird. Die Schritte sind zwar relativ klein, aber es ist eine Frage der Zeit.“ Diese Zeit war Bischof Luigi nicht mehr geschenkt. 2008 bat ich ihn beim Internationalen Kongress von *Kirche in Not* in Augsburg um ein Geleitwort zu meinem Buch *Christen unterm Halbmond*. Er schrieb damals: „Was die heute nur noch wenigen in der Türkei verbliebenen Christen brauchen, ist die christliche Solidarität.“

Diese Solidarität brauchen die Christen Kleinasiens nach dem Tode von Bischof Luigi mehr denn je. Es gibt viele, zu viele Spekulationen

und Theorien über den Mord, die immer wieder in Zusammenhang mit der Ermordung des Priesters 2006 in Trabzon und der drei Protestanten 2007 in Malatya gebracht werden. Manche Theorien sind abenteuerlich, andere böswillig. Bei meinen Besuchen lernte ich auch Murat, den Mörder kennen, der mehr als vier Jahre Fahrer des Bischofs war. „Vielleicht war ich zu leichtsinnig“ titelte die Süddeutsche Zeitung in einem Bericht von Kai Strittmatter nach der Ermordung des Bischofs. Aber der Bischof hatte diese Aussage gemacht, als er erfuhr, dass er Bischof in Anatolien werden solle. „Ich komme zurück nach Hause“, sagte er damals auch, denn Anatolien als Wiege der Christenheit, als Land der Kirchenväter und der Konzilien war seine geistige Heimat. Bei seinem Amtsantritt im November 2004 herrschte noch Ruhe, aber schon fünfzehn Monate später stand er unter Polizeischutz, als sein Priester Andrea Santoro in Trabzon erschossen worden war. Der türkische Leibwächter und Polizist in Zivil begleitete ihn ständig. Ich erlebte es aber, dass Bischof Luigi einmal den Polizisten zu seiner Familie nach Hause schickte, während wir mit dem Bischof im Klosterhof saßen und mit ihm über die Lage der Christen diskutierten. Nach über zwei Stunden lebhaften Gesprächs beendeten wir offiziell die Runde. Er besprach mit mir noch einige historische Themen, auch die Rückgabe des syrisch-katholischen Gotteshauses in Iskenderun. Die Kirche war seit Jahren profaniert und geschändet, ja sie war sogar in den letzten Jahren als Pornokino genutzt worden. Nach Eingaben des Bischofs an Premier Erdoğan wurde sie dem Vikariat zurückgegeben und auf Kosten des Staates restauriert. Es war nach 22 Uhr, als mich der Bischof zur Besichtigung der Kirche einlud, da dort bis Mitternacht gearbeitet wurde, um mit der Wiederherstellung rechtzeitig fertig zu werden. Wir verließen das Kloster durch einen Seitenausgang. Der Bischof drückte unterwegs seine Sorge aus, was mit der Kirche geschehen könne. Es gäbe nur noch zwei syrisch-katholische Familien in Iskenderun. Die Kathedrale sei bereits fast zu groß für die wenigen Katholiken. Beim Gang durch die nächtliche Stadt erkannten manche Passanten den Bischof und grüßten freundlich, ja ehrfürchtig. Wir lachten beide, als ein älterer Herr fragte, ob ich der neue Leibwächter sei. Auf der Baustelle der Kirche gab es ein freudiges Hallo, als die Arbeiter den Bischof sahen.

Bischof Luigi war nach den Worten des Bamberger Erzbischofs Ludwig Schick beim Requiem ein „Mensch des Friedens, der guten Beziehungen, des Evangeliums und ein Mensch Jesu Christi“. Er war bemüht, den interreligiösen Dialog zu fördern. „Die Türkei und die Türken waren ihm wichtig, er schätzte sie und hatte Hochachtung vor ihnen.“ Als Christen bleibt uns die Hoffnung, dass auch seinem Tod durch Gott ein tieferer Sinn gegeben wird.

Rudolf Grulich

Ein katholischer Beitrag aus Bonn für die Minderheiten in Europa

Die europäische Bürgerinitiative Minority SafePack hat sich erfolgreich bemüht, eine Million Unterschriften für die Vielfalt Europas zu sammeln: „Wir fordern die EU auf, den Schutz für Angehörige nationaler Minderheiten und Sprachminderheiten zu verbessern sowie die kulturelle und sprachliche Vielfalt in der Union zu stärken.“ So heißt es in dem Aufruf. Die Bürgerinitiative wollte und musste in den damals noch 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union bis zum 3. April 2018 eine Million Unterschriften nach dem Proporz des Anteils der einzelnen Länder sammeln. Da sie erfolgreich war, muss die EU handeln und Maßnahmen in den Bereichen Regional- und Minderheitensprachen, Bildung und Kultur, Regionalpolitik, audiovisuelle Mediendienste und andere mediale Inhalte sowie regionale (staatliche) Förderungen auf den Weg bringen.

Während Länder wie Rumänien und Lettland die benötigte Zahl der Unterschriften bald und sogar übertroffen hatten, war das Echo in Deutschland spärlich. In München hatte der Bundesvorstand der Sudetendeutschen Landsmannschaft aufgerufen und Unterschriftenlisten verteilt, denn bereits 1979 hatte dieses Gremium von Vertriebenen eine ähnliche Initiative an die UNO gerichtet. Der verstorbene sudetendeutsche Völkerrechtler Otto Kimminich hatte sich mit diesem Thema befasst und nach der politischen Wende in Osteuropa für die Kommission 1 *Politik, Verfassung, Recht* des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) ein Papier *zur Zukunft der europäischen Integration* vorgelegt, das am 14. November 1990 von der Kommission verabschiedet wurde und in der Reihe *Erklärungen, Stellungnahmen und Arbeitspapiere des ZdK* vorliegt. Das ZdK verlangt darin „die Schaffung eines europäischen Volksgruppenrechtes“, denn „Heimat muss auch für alle in Europa lebenden Volksgruppen erhalten bleiben“. Die Unterzeichner begrüßten es, dass bereits am 31. Juli 1984 von 42 Abgeordneten des Europa-Parlaments Grundsätze für ein europäisches Volksgruppenrecht formuliert wurden. Die Handschrift unseres Landsmanns Kimminich ist deutlich erkennbar, wenn das Papier die Anwendung des Prinzips der „personalen Autonomie“ verlangt, die manche Nachteile der „territorialen Autonomie“ (wie etwa der Schweiz) aufhebt. Genannt werden als bestes Beispiel der *Mährische Ausgleich* vom Jahre 1905, das Bukowina-Paket von 1910 und die Kulturautonomie der Minderheiten in Estland der Zwischenkriegszeit. Leider wurden diese praktischen Anwendungen des Prinzips der personalen Autonomie durch das Ende Österreich-

Ungarns 1918 und die Besetzung Estlands durch die Sowjetunion 1940 abgebrochen.

Ausführlicher als die Kommission¹ des ZdK ist die Erklärung der Kommission 10 *Europa* des ZdK. Sie wurde erstmals am 25. September 1991 veröffentlicht und bereits im Oktober desselben Jahres nachgedruckt. Durch den Fall der Mauer in Berlin, die Wiedervereinigung Deutschlands, den Zerfall von Vielvölkerstaaten wie der Sowjetunion und Jugoslawiens war Europa aufgewacht. Im Juni 1990 hatte die KSZE in ihrem Schlusssdokument der Konferenz in Kopenhagen erklärt, dass alle Teilnehmerstaaten „die ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität nationaler Minderheiten auf ihrem Territorium schützen und Bedingungen für die Förderung dieser Identität schaffen werden“. Dabei sollte auch im Unterricht die Geschichte und Kultur der nationalen Minderheiten berücksichtigt werden.

In der *Charta von Paris für ein neues Europa* vom 24. November 1990 beschloss die KSZE *Leitsätze für die Zukunft*, wo es unter der Zwischenüberschrift *Menschliche Dimensionen* unter anderem heißt: „Wir sind entschlossen, den wertvollen Beitrag nationaler Minderheiten zum Leben unserer Gesellschaften zu fördern und verpflichten uns, deren Lage weiter zu verbessern. Wir bekräftigen unsere tiefe Überzeugung, dass freundschaftliche Beziehungen zwischen unseren Völkern sowie Friede, Gerechtigkeit, Stabilität und Demokratie den Schutz der ethnischen, kulturellen, sprachlichen und religiösen Identität nationaler Minderheiten und die Schaffung von Bedingungen für die Förderung dieser Identität erfordern. Wir erklären, dass Fragen in Bezug auf nationale Minderheiten nur unter demokratischen Bedingungen befriedigend gelöst werden können. Ferner erkennen wir an, dass die Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten als Teil der allgemein anerkannten Menschenrechte uneingeschränkt geachtet werden müssen. Im Bewusstsein der dringenden Notwendigkeit, im Hinblick auf nationale Minderheiten die Zusammenarbeit zu verstärken und deren Schutz zu verbessern, beschließen wir ein Expertentreffen über nationale Minderheiten vom 1. bis 19. Juli 1991 in Genf einzuberufen.“

Das Expertentreffen in Genf fand aber nicht statt, denn inzwischen herrschte Krieg in Jugoslawien, dem Europa trotz der Zerstörung Hunderter von Dörfern in Kroatien und Bosnien und trotz der Belagerung von Sarajewo bis zum Massaker von Srebrenica lange Zeit tatenlos zusah. Als dann am 1. Februar 1995 der Europarat das *Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten* verabschiedete, überarbeitete die Kommission 10 *Europa* ihre Erklärung aufgrund der politischen Veränderungen und erweiterte sie aufgrund der Anerkennung neuer Staaten, aber auch nach dem Aufbrechen neuer nationaler Konflikte. Im September und Oktober 1995 erschien

die dritte und vierte Auflage der Erklärung, die am 13. März bzw. am 11. Juni 1995 verabschiedet worden war. In allen Auflagen besagte eine Vorbemerkung: „Soweit im folgenden von Volksgruppen in Europa die Rede ist, sind solche sprachlichen oder ethnischen Minderheiten gemeint, die eine eigene kulturelle Identität besitzen und ihren angestammten Sitz in dem jeweiligen Staat haben, in dem sie eine Minderheit bilden. Nicht erörtert werden Fragen von ausländischen Arbeitern, Flüchtlingen, Aussiedlern oder Asylbewerbern, die in jüngerer Zeit in europäischen Ländern Aufnahme gefunden haben.“

In sieben Punkten der Einleitung wird betont, dass die friedliche Überwindung des Ost-West-Gegensatzes einen wichtigen Gefahrenherd für den Weltfrieden überwunden zu haben schien, dass aber auf dem Weg der Freiheit zahlreiche tiefgreifende Probleme und Konflikte offengelegt wurden, die in Südosteuropa und im Kaukasus sogar zum Krieg führten. Europa könne sich in der Vision einer zukünftigen Gemeinsamkeit daran nicht mehr orientieren. In einer *Bestandsaufnahme* wird darauf hingewiesen, dass „in den derzeit 45 Staaten Europas noch über 70 verschiedene Sprachen gesprochen werden, wobei die Zahl derer, die diese Sprachen gebrauchen, von einigen Dutzend Menschen (Livisch, Manx) bis zu Dutzenden von Millionen reicht (russisch, deutsch und englisch)“. Während 1991 Deutsch außer in den deutschsprachigen Ländern (Deutschland, Österreich, Schweiz, Luxemburg, Liechtenstein) in weiteren zehn Staaten gesprochen wurde (Dänemark, Belgien, Frankreich, Italien, Tschechoslowakei, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Ungarn, Jugoslawien), habe sich durch den Zerfall der Sowjetunion, Jugoslawiens und der Tschechoslowakei die Zahl der Staaten mit deutschen Volksgruppen verdoppelt. Andererseits gab es bis 1991 keine russischen Minderheiten außerhalb der Sowjetunion, während „heute in vierzehn Ländern, die ... selbständig wurden, fast dreißig Millionen Russen außerhalb der Russischen Föderation leben und [in] Russland selbst noch dreißig Millionen Nichtrussen als Staatsbürger“. Keiner der seit 1991 in Europa neu entstandenen Staaten sei ein Nationalstaat, ja manchmal stellt das Titularvolk nicht einmal die Mehrheit der Bevölkerung wie in Kasachstan oder ist die Mehrheit der staatstragenden Nation nur wenig über fünfzig Prozent wie in Kirgystan oder Lettland.

Von großer Bedeutung sind die Aussagen im Kapitel *Die Rolle der Kirche*, da für den Schutz der Minderheiten Grundsätze der christlichen Soziallehre wie Solidarität und Subsidiarität gefordert sind. Schon der Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs ist der Gott aller Völker, für die auch Jesus starb, der seine Apostel aussandte, um alle Völker zu lehren. Die Kirche bewies in den frühen Bibelübersetzungen wie Syrisch, Koptisch, Latein oder Gotisch und in den Liturgiesprachen, dass alle Völker Kinder Gottes sind. Der Text des ZdK nennt die Päpste,

die im 20. Jahrhundert die Rechte der Minderheiten verteidigten von Benedikt XV. bis Johannes Paul II., der in seiner Botschaft zum Weltfriedenstag 1989 den Schutz der Minderheiten verlangte.

Das Kapitel „Unsere Aufgaben“ nennt Information und Kommunikation, grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Regionalismus, um auf dem Weg zum vereinten Europa in einem internationalen Rahmenwerk des Volksgruppenrechtes „die Grundsätze niederzulegen, die schon jetzt in allen funktionierenden Minderheitenregelungen enthalten sind. Dabei kann die Territorialautonomie durch die personale Autonomie ergänzt werden“, wie der Diskussionsbeitrag der Kommission 1 des ZdK „zur Zukunft der europäischen Integration“ es fordert.

Die Kommission ruft alle katholischen Christen auf, einen eigenen spezifischen Beitrag zu leisten. „Rassismus und überspitzter Nationalismus haben unseren Kontinent in die größten Kriege des (20.) Jahrhunderts geführt. Dabei sind auch Völker gleichen Glaubens in eine totale Konfrontation geraten, über Millionen Menschen ist unendliches Leid gebracht worden.“ Der Text schließt mit dem Verweis auf die Konferenz der Präsidenten der Europäischen Bischofskonferenzen in Dieburg 1987: „In einem neuen sich in Friede und Freiheit einigenden Europa sollten Katholiken dazu beitragen, auch gegenüber Minderheiten jene ethnische, kulturelle und geschichtliche Solidarität zu entfalten, die Grenzen und Schranken Europas zu überwinden und die heute unerhörte Friedenschance der großen europäischen Solidarität zu nutzen.“

Der Anhang der Erklärung bringt Aussagen des Schlussdokuments der KSZE vom Juni 1990 in Kopenhagen, der Charta in Paris für ein neues Europa und das Rahmenabkommen zum Schutz nationaler Minderheiten des Europarates vom 1. Februar 1995.

Eine erweiterte und aktualisierte Neuauflage der Erklärung des ZdK wäre eine große Hilfe auch für die aktuelle europäische Bürgerinitiative Minority SafePack. In den über zwei Jahrzehnten seit der vierten Auflage sind mit Montenegro und dem Kosovo neue Staaten anerkannt worden, die Krim wurde annektiert und in der Ostukraine herrscht Krieg. Die Krise in Katalonien ist noch nicht bewältigt, von der Angst viele Europäer vor dem Islam ganz zu schweigen. Hier sollte das ZdK Wegweisung aufzeigen.

Rudolf Grulich

Zankäpfel und Risse in der Orthodoxie

Die Anerkennung der Autokephalie der Ukrainischen Orthodoxen Kirche durch den Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel hat 2019 ein Schisma hervorgerufen, denn das Patriarchat von Moskau erkennt die Autokephalie nicht an und hat nicht nur die Gemeinschaft mit dem Patriarchat Konstantinopel aufgekündigt, sondern auch mit dem griechischen Patriarchen von Alexandrien und mit der Kirche von Griechenland, die ebenfalls die Selbständigkeit der orthodoxen Kirche in der Ukraine anerkannt haben. Ein Vermittlungsversuch des Patriarchen von Jerusalem scheiterte. Er hatte die vierzehn kanonischen orthodoxen Kirchen für den 26. Februar nach Amman eingeladen, aber es kamen nur Vertreter von sechs Kirchen. Vertreten waren das Patriarchat Moskau, die Patriarchate von Rumänien und Jerusalem, das Patriarchat Serbien, die Orthodoxe Kirche Polens und die Orthodoxe Kirche der tschechischen Länder und der Slowakei. Die Tschechoslowakische Orthodoxe Kirche entstand nach dem Ersten Weltkrieg, als ehemals katholische Priester, die sich 1920 der neuen Tschechoslowakischen Kirche angeschlossen hatten, diese verließen, weil die Nationalkirche auf die Apostolische Sukzession verzichtet hatte. Diese Priester unterstellten sich der Serbischen Orthodoxen Kirche, deren Patriarch den ersten Bischof weihte. In den Mitteilungen hatten wir im Heft 1-2020 berichtet.

Um den Zwist und das derzeitige Schisma beurteilen zu können, ist ein Überblick über die vierzehn von allen orthodoxen Kirchen anerkannten kanonischen Kirchen erforderlich, zu denen seit 2019 auch die Ukrainische Orthodoxe Kirche gehören sollte. Da sind zum einen die alten Patriarchate des Altertums Konstantinopel, Alexandrien, Antiochien und Jerusalem. Es folgen die nachkaiserlichen Patriarchate von Georgien, Moskau, Serbien, Rumänien und Bulgarien und dann die autokephalen Kirchen von Zypern, Griechenland, Polen, Albanien und die Orthodoxe Kirche der tschechischen Länder und der Slowakei. Alle anderen orthodoxen Kirchen sind nur autonom, und zwar die Estnische Apostolische Orthodoxe Kirche und die Orthodoxe Kirche von Finnland. Die Autonomie der orthodoxen Kirche Estlands wird aber von Moskau nicht anerkannt, was nach der zweiten Unabhängigkeit Estlands 1991 schon zu einem kurzzeitigen Schisma zwischen Moskau und Konstantinopel führte. Weitere Zankäpfel, die zu Rissen führten, sind selbsternannte autokephale orthodoxe Kirchen wie die Mazedonische Orthodoxe Kirche, die sich 1967 für autokephal erklärte, aber vom serbischen Patriarchen nur die Autonomie erhielt. Als Montenegro unabhängig wurde, entstand dort gegen Belgrad eine Montenegrinische Orthodoxe Kirche, die wie die Mazedonische Orthodoxe Kirche bisher von keiner anderen

Schwesterkirche anerkannt wird, auch nicht vom Patriarchat Moskau wegen dessen engen Beziehungen zu Serbien.

Andererseits hat das Patriarchat Moskau nicht nur der orthodoxen Kirche in Japan und China die Autonomie zugesprochen, sondern auch der Orthodoxen Kirche in der Tschechoslowakei und später sogar deren Autokephalie zugestimmt, was Konstantinopel aber erst 1998 anerkannte. Dass diese Fakten nur einige der vielen Auslöser für Rivalitäten zwischen Moskau als dem „Dritten Rom“ mit dem „Neuen Rom“ waren, ist bis heute spürbar. Das zeigte sich auch, als Moskau 1970 einer „Orthodoxen Kirche in Amerika“ die Autokephalie gab, ohne Konstantinopel zu kontaktieren, das eigentlich zuständig gewesen wäre. Moskau zeigte sich großzügig bei der Gewährung der Autokephalie und Autonomie für die von der russischen Orthodoxie abhängiger Kirchen, denn Moskau fühlte sich als Repräsentant der größten orthodoxen Kirche im Vorteil gegenüber Konstantinopel, dessen Patriarchat kaum noch Gläubige in der Türkei hat. Andererseits aber spricht Moskau von seinem „kanonischen Territorium“ und meint damit die alte Sowjetunion. So sind die Metropolien von Estland, Lettland, Litauen, Moldawien und der Ukraine nach Moskauer Lesart nur selbstverwaltete Kirchen innerhalb des Patriarchates von Moskau, auch wenn sie manchmal als autonom bezeichnet werden. Das gilt auch von der Mazedonischen Kirche, die neben der sich 1967 als autokephal erklärten Mazedonischen Orthodoxen Kirche in Nordmazedonien eine Reihe Bischöfe des Patriarchates von Belgrad hat. Wie zerrissen die Orthodoxie heute wirklich ist, ersieht man daran, dass es eine ganze Reihe von anderen nichtkanonischen orthodoxen Kirchen gibt (oft nur Gemeinschaften), die von den übrigen Kirchen nicht anerkannt werden wie die Abchasische Orthodoxe Kirche, die Orthodoxe Kirche der Gagausen in Moldawien, die Türkische Orthodoxe Kirche und andere Gemeinschaften wie die Altgläubigen und die Altkalendarier.

Letztlich ist ein Blick in die Geschichte der alten Kirche nötig, um diese Risse in der Orthodoxie erklären zu können. Neben dem Patriarchen von Rom als Patriarch des Abendlandes gab es vier Patriarchen im Osten, also eine Herrschaft von fünf Patriarchen, griechisch Pentarchie genannt. Diese fünf Patriarchate waren für die ganze damalige bekannte Welt der Christenheit zuständig: Rom für das Abendland, Alexandrien für Afrika, Antiochien für den Orient und Jerusalem für Palästina. Als Konstantinopel Hauptstadt des Römischen Reiches wurde und dem Bischof von Byzanz eine Rangerhöhung als Patriarch ausgesprochen wurde, war er zuständig für die gesamte übrige bewohnte Welt, die „Oikomene“. Das meint der griechische Titel „Ökumenischer Patriarch“, also nicht zu verstehen im Sinne der heutigen Ökumene. Die Kirchenspaltungen nach den

Konzilien von Ephesus 431 und von Chalzedon im Jahre 451 brachten mit den abgespaltenen Kirchen der Nestorianer und Monophysiten neue Patriarchate in Alexandria und Antiochien, so dass es heute für manche Patriarchensitze mehrere Patriarchen verschiedener Konfessionen gibt. Seit den Kreuzzügen gab es sogar lateinische Patriarchen im Orient und durch Unionen mit Teilen der Orthodoxen (aber auch mit anderen Ostkirchen), die sich an Rom anschlossen, sowie eine ganze Reihe weiterer katholischer Patriarchen.

Grundübel der fehlenden Einheit war und ist vor allem bis heute die Tatsache, dass es in jedem Land nur *eine* orthodoxe Kirche geben sollte. In der alten Welt war das vor den Entdeckungen der Neuzeit noch möglich. So sind bis heute auf dem afrikanischen Kontinent, wo der griechisch-orthodoxe Patriarch von Alexandria den Titel eines Papst von ganz Afrika trägt, von wenigen Ausnahmen abgesehen alle orthodoxen Bischöfe Griechen aus Griechenland und Zypern. Doch im Zuge fortschreitender Arabisierung auch des Klerus im Nahen Osten waren auch die meisten Bischöfe des griechisch-orthodoxen Patriarchates Antiochien und sogar der Patriarch am Ende des 19. Jahrhunderts bereits Araber. Durch arabische Auswanderer entstanden auch Diözesen dieses Patriarchates in Amerika, die nicht mehr Konstantinopel unterstanden.

In Südosteuropa waren zwar im Mittelalter im Gefüge der bulgarischen und serbischen Reiche serbische und bulgarische Patriarchate entstanden, doch nutzte der Patriarch in Konstantinopel seine Stellung in der osmanischen Hauptstadt, durch den Sultan diese Patriarchate aufheben zu lassen. Das erste Patriarchat von Peć auf dem Kosovo, das im Großserbischen Reich bestand, wurde vom Sultan 1520 aufgehoben, aber wiedererrichtet, als der Großwesir ein Serbe war und 1557 seinem christlich gebliebenen Bruder die Patriarchenwürde zugestand. Erst 1766 gelang es den Griechen beim Sultan, das serbische Patriarchat wieder Konstantinopel zu unterstellen, 1767 auch das Erzbistum von Ohrid und von ganz Bulgarien. Als 1870 der Sultan in Istanbul eine selbständige bulgarische Kirche genehmigte, verurteilte das der Heilige Synod des Ökumenischen Patriarchen als „Phyletismus“ (Stammestümelei). So war die bulgarische orthodoxe Kirche bis 1945 im Schisma mit Konstantinopel. Erst 1920 erhielt Serbien wieder einen Patriarchen und 1955 auch die Bulgarische Orthodoxe Kirche. Noch zerrissener wurde die Orthodoxe Kirche schon nach dem Ersten Weltkrieg durch Abspaltungen in der Ukraine, in Weißrussland und durch die Russisch-Orthodoxe Auslandskirche in Karlowitz. Aber damals sprach Konstantinopel die Anerkennung der Estnischen Apostolischen Orthodoxen Kirche sowie der Polnischen und Albanischen Orthodoxen Kirche aus.

Heute will die Serbische Orthodoxe Kirche wie Moskau ihr *kanonisches Territorium*, das alte Jugoslawien behaupten, wie die Beispiele der mazedonisch-orthodoxen Kirche und der montenegrinisch-orthodoxen Kirche zeigen. Ein weiteres Grundübel ist die Rivalität zwischen Moskau und Konstantinopel in Estland, Moldawien, in der Ukraine, China und Japan und vor allen die „Orthodoxe Kirche in Amerika“, der Moskau 1970 die Autokephalie zuerkannte. Das Oberhaupt dieser Kirche trägt den Titel „Seine Seligkeit, Metropolit von ganz Amerika und Canada“ als Erzbischof von Washington. Ihm untersteht aber auch die Diözese Mexiko und Pfarreien in Australien.

Ein grundsätzlich historisches Übel ist letztlich auch die fehlende Einheit der Christen und der Zentralismus Roms. Hier wurde manches Porzellan zerschlagen, als Rom zwar bei den Unionen orthodoxer Hierarchien und ganzer Ostkirchen diesen Kirchen ihre angestammten Rechte zusicherte, aber doch den Unierten manche Latinisierung aufzwang, die teilweise auch zur Rückkehr von Unierten zur Orthodoxie führte wie der Armenier im Mittelalter und mancher Thomaschristen Indiens in der Neuzeit.

Rudolf Grulich

Rest einer deutschen Siedlung in der Ost-Türkei

Dass es seit dem 18. und 19. Jahrhundert deutsche Siedlungen am Schwarzen Meer gab, ist bekannt. Wir kennen Russlanddeutsche auf der Krim und in der südlichen Ukraine, in Bessarabien und in der Dobrudscha, sowie im Kaukasus. Aber in der Türkei?

Tatsächlich ließen sich schon im 19. Jahrhundert deutsche Auswanderer auch in der damaligen Türkei nieder, die bis zum Frieden von San Stefano 1878 bis weit nach Südosteuropa reichte. Als der Trappist Franz Pfanner 1869 bei Banja Luka im Vrbas-Tal in Bosnien das Kloster Maria Stern gründete, geschah dies noch auf osmanischem Staatsgebiet. Schon vorher waren seit 1841 deutsche Siedler aus dem russischen Bessarabien und aus Cherson über die Donau gezogen und hatten bis 1856 in der noch türkischen Dobrudscha Dörfer gegründet.

Erst 1878 kam die Dobrudscha an das junge Königreich Rumänien. Die Dobrudschadeutschen waren die einzige ostdeutsche Volksgruppe bzw. Landsmannschaft, die zeitweise, nämlich bis 1878 osmanische Untertanen waren. Erst 1883 und 1890 kam eine zweite und dritte Einwanderungswelle in die Dobrudscha, wo die Deutschen mit Türken und Tataren, Gagausen, Bulgaren, Russen und Rumänen lebten, bis 1878 auch mit Tscherkessen. Die ersten Dörfer waren Malkotsch (Malcoci) bei Tultscha, das 1843 von katholischen Siedlern, und Atmatscha (Atmagea), das 1848 von evangelischen Sied-

lern gegründet wurde. 1857 kamen deutsche Kolonisten nach Kataloi und Tschukorow (Ciucurova), aber auch in Städte wie Tultscha und Konstanza. Viele deutsche Familien zogen sogar von der Dobrukscha nach Kleinasien weiter, wo aber eine dauerhafte Ansiedlung scheiterte.

1878 erhielt Russland nach einem der vielen Kriege mit der Türkei bis dahin osmanisches Gebiet am Südostufer des Schwarzen Meeres. Schon 1864 hatte der Zar nach der Unterwerfung der Tscherkessen weite Gebiete im Kaukasus annektiert, was Hunderttausende von Muslimen zur Auswanderung veranlasste. Im Frieden von San Stefano wurde die Schwarzmeer-Küste östlich von Trabzon (dem antiken Trapezunt), aber auch das Hinterland bis hinter Kars russisch. Erst 1920 kam es wieder an die Türkei. Das Gebiet ist bis heute in der Türkei durch seinen Teeanbau bekannt, der in russischer Zeit aufblühte. In vielen Orten sieht man noch heute die Villen, die damals russische Teebarone bauten. Aus dieser Zeit stammt auch bei uns die Bezeichnung „russischer Tee“ für Schwarz-Tee.

Die russische Regierung siedelte in dieser Zeit Russen, aber auch Esten, Deutsche und Schweizer in diesem neuerworbenen Gebiet an. Unter den russischen Kolonisten waren auch der Regierung und der orthodoxen Staatskirche unliebsame religiöse Gruppen wie die Molokanen und Duchoborzen, denen man Land bei Kars und Ardahan zuwies. Für die Esten entstand bei Kars das Dorf Nowaja Estonka (estn. Uus Eesti, Neu-Estland), das zwar während des Ersten Weltkrieges 1915 verwüstet wurde, wo aber nach dem Krieg manche Esten blieben. Über dieses Dorf berichtete schon 1906 N. von Seidlitz in den Sitzungsberichten der Gelehrten Estnischen Gesellschaft in Dorpat *Eine Estenkolonie im Kaukasus*. Eine Gruppe dieser „türkischen“ Esten wanderte 1972 nach Deutschland aus.

Eine rein deutsche Gründung war in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts die Siedlung Petrowka. Der russische Gouverneur von Kars, Pjotr Tomitsch, stellte den Siedlern militärisches Pachtland zur Verfügung, weshalb die Siedlung nach ihm benannt wurde. Eigentlich war als Name Paulinendorf vorgesehen gewesen.

Schon 1975 hat Wolfgang Feurstein, ein in Fachkreisen bekannter Fachmann für die Ethnographie des östlichen Schwarzmeerraumes, insbesondere der Volksgruppe der Lasen, im Jahrbuch für Ostdeutsche Volkskunde unter dem Titel *Petrowka. Eine vergessene Siedlung der Kaukasusdeutschen im Armenischen Hochland (Nordosttürkei)* über dieses Dorf berichtet. Er tat das auch bei der 40-Jahrfeier des Arbeitskreises für Volksgruppen- und Minderheitenfragen 2017 auf dem Heiligenhof. Heute heißt der Ort südwestlich vom Zentrum von Kars, der auf einer Höhe von über 1600 Metern liegt und nach Kars eingemeindet ist, Paşaçayırı, wird aber bei der einheimischen Bevöl-

kerung, Türken wie Kurden, immer noch Deutschendorf, Nemisköy oder nur Nemis genannt. Feurstein führt in seinem Beitrag andere türkische und westliche Autoren an, die auch Nemis oder Petrowka erwähnen: So F. Kirzioglu in einer in Istanbul erschienen Geschichte von Kars, der Franzose J.-M. Thierry 1966 in der *Revue des études arméniennes* und der Brite J. Marriner in seinem 1969 erschienenen Reisebericht *Trebizond and Beyond*. „Da keiner der genannten Verfasser sich jedoch in Petrowka aufgehalten hat, ist es nicht verwunderlich, dass über die Siedlung der Kaukasusdeutschen wiederholt falsche Angaben gemacht wurden.“ (Wolfgang Feurstein). Nur der Engländer H. F. B. Lynch hielt sich 1901 in Petrowka auf und gibt in seinem Buch *Armenia. Travels and Studies* die Zahl der Häuser mit „some fourty“ an.

Die Geschichte Petrowkas als deutsches Dorf währte nur kurz. Um die Jahrhundertwende 1900 hatte es 104 Einwohner, davon 53 weibliche. 1913 waren es 130 Personen. Angesichts des Kinderreichtums der Russlanddeutschen überrascht die geringe Zunahme, aber 1906 war von Familien aus Petrowka eine Tochttersiedlung Eigenfeld im heutigen Aserbeidschan gegründet worden. Außer Deutschen lebte auch ein Schweizer in Petrowka, der eine Molkerei betrieb und Käse nach Tiflis lieferte. Auch in der Molokanenkolonie Wladikars, die unmittelbar mit ihrem Gemeindegebiet an Petrowka grenzte und heute ebenfalls zu Kars eingemeindet ist, war ein deutscher „Käser“, der die dortige Molkerei führte. Die evangelischen Siedler in Petrowka waren aus Alexanderhilf gekommen. Von den zwölf Groß-Familien, auf die sich die Einwohner verteilten, konnte Feurstein im Gespräch mit dem 1975 noch dort lebenden Viktor Kaiser neun Namen ausmachen: Locher, Beidinger, Torno, Kotrini, Steiger, Pfeifer, Bauer, Lamparter und Resch, deren Häuser er auch in seinem Dorfplan angibt. Das rein evangelische Dorf hatte auch ein Schul- und Bethaus mit einem Küsterlehrer, aber keinem eigenen Pfarrer. Es gehörte direkt zum Moskauer Konsistorium und erhielt einige Male im Jahr seelsorgerliche Betreuung durch den Militärprediger des Kaukasus-Bezirks. Der letzte Militärpfarrer war ein Este, der auch die estnische Kolonie betreute.

Zu Beginn des Ersten Weltkrieges wurde das Dorf evakuiert, d. h. die Deutschen mussten alles entschädigungslos verlassen und wurden in der Tochterkolonie Eigenfeld und in Katharinenfeld angesiedelt. Versuche zurückzukehren, scheiterten. Als einige frühere Einwohner 1934 ihre alte Heimat besuchten, war das Dorf noch „wenig verändert. Sämtliche Gebäude der Deutschen standen damals noch. Erst in den 40er Jahren muss der Zerfall von Petrowka begonnen haben“, schreibt Wolfgang Feurstein. Als er 1975 in Paşaçayırı war, stand noch die alte Schule, die der türkischen Bevölkerung noch immer als Schule diente.

Ihr schloss sich der Hof der Familie Pfeifer, der reichsten deutschen Familie im Dorf, an. Diesen Hof hatte nach dem Ersten Weltkrieg der Türke Şükrü Tekel übernommen. Außer dem Pfeifer-Hof waren 1975 noch die Häuser der Familien Bauer und Steiger erhalten. Der Türke Tekel bewahrte den Pfeifer-Hof in seinem alten deutschen Stil, einschließlich seiner christlichen Ausstattung und einem Zimmer, das 1911 der russische Künstler A. Balitsch ausmalte, der seinen Namen in diesem Zimmer unter den Gemälden hinterließ. Über der Türe ist noch der deutsche Bibelspruch zu lesen: „Befiehl dem Herrn deine Wege und hoffe auf ihn“. Da die deutschen Einwohner schwäbisch sprachen, ist es verständlich, dass ein Wandgemälde auch eine Schwarzwaldlandschaft zeigt. In Goldschrift sind noch weitere Bibelzitate zu sehen.

Damals war nur noch als einzige deutsche Familie die Familie Kaiser übrig. Stiefsöhne Kaisers wohnten in Kars. Einer hatte eine Estin geheiratet und betrieb eine frühere Molokanenmühle. Alle wollten schon 1975 auswandern. So ist heute vom Deutschtum in Kars nur der Pfeiferhof übrig mit seinem Spruch: „Befiehl dem Herrn deine Wege und hoffe auf ihn“.

Ein polnisches Dorf, das 1842 gegründet wurde, ist heute auf der asiatischen Seite in die Millionenstadt Istanbul eingemeindet. Als ich mit Studenten in Polonezköy war, zeigte uns der polnische Bürgermeister die Kirche der Muttergottes von Tschenstochau und den Friedhof. Neben vielen polnischen Grabaufschriften fanden wir auch eine deutsche: Hier ruht Roserl aus dem Böhmerwald.

Rudolf Grulich

Das Wort Gottes war seine Richtschnur.

Zum 20. Todestag von Professor Anton Janko

Vor 20 Jahren starb am 26. August 2000 in Neumarkt in der Oberpfalz Professor Dr. Anton Janko, der seit 1947 mit den Königsteiner Anstalten eng verbunden war, ja zum Königsteiner Urgestein gehörte. Nach der Sistierung der Philosophisch-Theologischen Hochschule 1978 war er regelmäßig Gast bei Priestertagungen in Königstein und Brannenburg.

Anton Janko wurde am 29. August 1909 in Muckenbrunn in der Iglauer Sprachinsel geboren, und zwar in dem Teil der Sprachinsel, der zur Diözese Königgrätz gehörte, während der größte Teil der Sprachinsel mährisch war und damit kirchlich dem Bistum Brunn unterstand. Nach der Matura in Mariaschein und dem Eintritt

ins Priesterseminar von Königgrätz schickte ihn sein Bischof zum Studium nach Rom, wo er am 14. Juli 1935 zum Priester geweiht wurde. Nach Seelsorgsarbeit in Groß Losnitz und Frauenthal wurde er 1938 von Bischof Moritz Pícha zum Weiterstudium am Bibelinstitut in Rom bestimmt, wo er das Lizenziat erwarb. Er blieb im Nepomucenum wohnen, als die anderen Studenten nach dem Münchner Abkommen ins Collegium Germanicum wechselten.



Professor Janko im Kreise seiner Königsteiner Kollegen 1951

Obere Reihe: Dr. Nielen, Dr. Müller, Dr. Matern, Dr. Groß, Dr. Janko. Vordere Reihe: Dr. Scheffczyk, Dr. Scholz, Dr. Kindermann, Dr. Kleineidam, Dr. Loewenich

Er schilderte mir oft diese Zeit in Rom, wo er der älteste Student war und der spätere Bischof Karel Otčenášek von Königgrätz der jüngste. Auch Bischof Otčenášek berichtete mir viel über diese Zeit, vor allem über den Tag, als die Studenten am 15. März 1939 am Radio erfuhren, dass Hitler Prag besetzt habe. „Ich saß als einziger Deutsche unter tschechischen Mitstudenten und war von dieser Nachricht erschüttert.“ Während des Krieges war Janko Pfarradministrator in Seelenz im Kreis Iglau und wurde 1946 über das Lager Stechen in die US-Zone nach Deutschland ausgesiedelt. Nach kurzer Kaplanszeit im Bistum Mainz in Heppenheim und Kostheim holte ihn Prälat Adolf Kindermann als Präfekt an das Albertus-Magnus-Schülerkonvikt nach Königstein, wo er 1949 für das Sommersemester Lehrbeauftragter für alttestamentliche Exegese und biblische Sprachen an der Philosophisch-Theologischen Hochschule, später Dozent und 1957 Professor wurde. Da er auch die Seelsorge in Schneidhain übernahm, war ihm die Verkündigung des Wortes Gottes als Professor und Seelsorger ein Herzensanliegen. Mit viel Geduld brachte er den Studenten in zwei Semestern die Grundlagen des Hebräischen bei und lehrte sie das Verständnis für die Bibel als Wort Gottes.

Von 1977 bis 1978 war Prof. Janko Leiter des Albertus-Magnus-Kollegs Königstein. Im September 1978 wurde er emeritiert und zog zu Verwandten nach Siegenhofen. Auch von dort setzte er sich für die verbliebenen Einrichtungen in Königstein ein und pflegte die Kontakte mit den Altkönigsteinern.

Rudolf Grulich

Was wird aus Syrien?

Zerfällt es wieder in Kleinstaaten?

Seit Jahrzehnten herrscht im *Vorderen Orient* Krieg, auch im 21. Jahrhundert: Im Irak seit 2003, in Syrien seit 2011 und im Jemen ebenfalls seit Jahren. Er kostete in Syrien bereits über eine Viertelmillion Menschen das Leben und nahm Millionen von Vertriebenen und Flüchtlingen die Heimat. Man weiß, wie es dazu kam und wie groß seit einem Jahrhundert die Schuld europäischer Mächte war. Kennen aber auch die Politiker die genaue Geschichte und wissen sie um die eigentlichen Entstehungstatbestände des heutigen vom Krieg und der Einmischung fremder Staaten zerrissenen Syriens?

Wir Deutschen haben erfahren, wie die Pariser Vorortverträge in Versailles, St. Germain, Neuilly und Trianon die Ursachen zum Zweiten Weltkrieg legten. Das gilt auch für den Vertrag von Sèvres mit der Türkei. Philatelisten ist bekannt, dass auf dem Gebiet des heutigen Syriens nach dem Ersten Weltkrieg eine ganze Reihe kurzlebiger Staaten bestanden hatten, als sich nach 1918 die Engländer und Franzosen den Nahen Osten aufteilten. So bestand ein Königreich Syrien bzw. Arabisches Königreich Syrien nur einige Monate 1920 auf einem Gebiet der heutigen Staaten Türkei, Syrien, Jordanien, Libanon, Israel und der Palästinensischen Autonomiegebiete. Es gab dann ein Völkerbundmandat, das Frankreich die Herrschaft über Syrien und den Libanon ermöglichte, und ein weiteres Mandat für England in Palästina. Auf dem französischen Mandatsgebiet gab es seit 1920 mehrere Staaten, so einen Staat der Alawiten, einen Staat Großlibanon, einen Staat der Drusen, einen Staat Aleppo und einen Staat Damaskus, 1938 auch einen Staat Hatay; alles Staaten, die eigene Flaggen und Briefmarken hatten, aber bald in den noch heute existierenden Staaten Syrien, Libanon und der Türkei aufgingen.

Syrien ist ein vielfältiger Begriff. Geografisch entspricht Syrien etwa der römischen Provinz Syrien. Damals wurde dort Aramäisch gesprochen, ein Dialekt der semitischen Sprachfamilie, der zur Sprache der syrischen Christen wurde. Die syrische Kirche war im Mittelalter neben der lateinischen und griechischen Kirche die dritte Säule der Kirche. Sie missionierte bis nach Indien und China. Erst der Islam und der Mongolenherrscher Timur, auch Tamerlan genannt, brachten diese in Riten und Konfessionen geteilte syrische Kirche an den Rand des Abgrunds. Doch bestehen noch heute die nestorianische und die chaldäische sowie die syrisch-orthodoxe und syrisch-katholische Kirche, die entweder den ostsyrischen oder westsyrischen, auch antiochenisch genannten Ritus befolgen. Im Ausland sind diese syrischen Kirchen seit langem stärker als in Syrien selbst, wo die Christen in ihrer Existenz bedroht sind.

Bis zum Ende des Ersten Weltkrieges gehörte das Gebiet seit 1517 zum Osmanischen Reich, das sich bis 1912 noch auf drei Kontinente, auf Europa, Asien und Afrika erstreckte. Am 16. Mai 1916 wurde jedoch ein Geheimabkommen zwischen Großbritannien und Frankreich geschlossen, in dem beide Staaten ihre Interessengebiete im Nahen Osten nach dem Weltkrieg festlegten. Da seit November 1915 auf französischer Seite Georges Picot und auf britischer Seite Mark Sykes Verhandlungsführer waren, ging das Ergebnis als Sykes-Picot-Abkommen in die Geschichte ein. An seinen Folgen leidet der Nahe Osten bis heute, da alle Krisenregionen dieses Gebietes Folgen der Kolonialpolitik der beiden Staaten sind. Damals wurde der nahöstliche Raum aufgeteilt: Die Briten sollten das Gebiet erhalten, auf dem heute der Irak, Jordanien und Israel liegen; Frankreich beanspruchte die Südosttürkei, Syrien, das nördliche Mesopotamien und den Libanon. Palästina sollte eine internationale Verwaltung erhalten. Das Abkommen zeigt die Verlogenheit beider Staaten, denn man hatte 1914 englischerseits gleichzeitig den Arabern, und zwar dem Emir in Mekka zugesagt, nach dem Krieg einen arabischen Staat, ja ein Königreich anzuerkennen, falls sich die Araber gegen die Türken stellen würden, was unter Führung des Abenteurers Lawrence geschah. Außerdem versprach man Russland Armenien und Teile Kurdistans und den Italienern Teile Südwestanatoliens. 1919 legten die Pariser Vorortverträge fest, dass es eine Unabhängigkeit arabischer Gebiete nur auf der Grundlage eines Völkerbundmandats geben sollte. Nach einer Konferenz in San Remo vom 19. bis 26. April 1920 wurde 1922 dieses Mandat für Syrien an Frankreich erteilt. Es erstreckte sich auf die heutigen Staaten Syrien und Libanon und auf die heutige türkische Provinz Hatay. Die Präsenz französischer Truppen bestand bis zur Unabhängigkeit der Staaten Syrien und Libanon und dem Abzug der französischen Soldaten 1946.

Die kommunistische Oktoberrevolution von 1917 in Russland veranlasste Großbritannien und Frankreich, die Ansprüche Russlands zu annullieren. Nach dem Vertrag von Sèvres 1920 sollte zwar ein Staat Armenien entstehen, den aber Lenin und Kemal Pascha, der spätere Atatürk, gemeinsam besetzten und aufteilten. Als das Völkerbundmandat für Syrien und den Libanon an Frankreich erteilt wurde, hatte Frankreich bereits eine Reihe vollendeter Tatsachen geschaffen. Die Engländer waren bei Kriegsende 1918 bis Damaskus gekommen, wo Faisal als Sohn des Scherifen Hussein von Mekka eine arabische Regierung bildete, weil er den seinem Vater von den Briten gemachten Zusagen vertraute. Aber Palästina wurde von England beansprucht und das syrische Gebiet von den Franzosen, die inzwischen in Beirut gelandet waren. Faisal reiste zwar seit Kriegsende mehrfach nach Europa, um die arabische Position zu vertreten, aber die Pariser Frie-

denkonferenz ignorierte alle Forderungen der Araber. Als Faisal 1920 sein Arabisches Königreich Syrien ausrief, war das der erste unabhängige arabische Staat der Neuzeit. Faisal hatte mit dem Zionistenführer Weizmann ein Abkommen geschlossen und vereinbart, einen jüdischen Staat in Palästina anzuerkennen. Am 8. März 1920 wurde das Königreich proklamiert, am 9. April Faisal gekrönt, und zwar zum König von Syrien, sein Bruder Abdullah am selben Tag zum König des Irak. Da aber die Christen im Libanon gleichzeitig die Unabhängigkeit ausriefen, stellte der französische General Gouraud am 14. Juli Faisal ein Ultimatum. Am 23. Juli kam es zur Schlacht bei Maysalun, in der die Franzosen siegten, am nächsten Tag in Damaskus einzogen und Faisal zur Abdankung und zum Exil zwangen. Die französische Besatzungsmacht teilte daraufhin Syrien in sechs Staaten auf: 1920 entstand der Staat der Alawiten und der Staat Großlibanon, 1921 ein Staat der Drusen und das Autonome Gebiet um Alexandrette, das heutige türkische Iskenderun in der Provinz Hatay, dazu der Staat Damaskus und der Staat Aleppo. Diese Aufteilung war nicht von langer Dauer, da Frankreich bereits im Juli 1922 unter dem Namen „Fédération syrienne“ die Staaten der Alawiten, Damaskus und Aleppo zusammenschloss. Doch bereits am 1. Dezember löste sich der Staat der Alawiten aus dieser Union, weil sich der Staat von Aleppo und der Staat von Damaskus zu einem syrischen Staat verbanden. 1925 brach im Staat der Drusen eine Revolte aus, die bis 1928 andauerte und den Franzosen viele Verluste kostete.

Diese Staatenbildungen vom Jahre 1920 und 1921 waren konfessionell bedingt, wie nicht nur die Namen der Staaten der Drusen und der Alawiten zeigen. Die Staaten von Aleppo und Damaskus waren in der Mehrheit sunnitisch, aber es gab auch starke christliche Minderheiten. Im Großlibanon bestand die Mehrheit der Einwohner aus Christen verschiedener Konfessionen, weshalb die Muslime den Staat ablehnten und die Volkszählung boykottierten. Aus der Syrischen Föderation entstand 1924 der neue Staat Syrien, obwohl sich der Alawitenstaat abgetrennt hatte. Doch bereits 1923 hatte der Staat von Aleppo auch den Sandschak von Alexandrette eingeschlossen. Diese Zusammenlegung geschah durch Frankreich, das der Bevölkerung von Aleppo entgegenkommen wollte, die unzufrieden war, dass Damaskus die neue Hauptstadt werden sollte. Der wieder separate Alawitenstaat („État des Alaouites“) hatte Latakia zur Hauptstadt. Von den 278 000 Einwohnern waren 101 000 Alawiten, 94 000 Sunniten und 5000 muslimische Ismailiten. Die Zahl der Christen betrug 34 000. Ende 1936 erfolgte die Vereinigung des Staates mit Syrien, in das im selben Jahr auch der Drusenstaat eingegliedert wurde. So behielt nur der Großlibanon seine Selbständigkeit, allerdings unter französischem Mandat. Bei der Volkszählung 1932 stellten dort die Christen

51,2 % der 785 000 Einwohner, die Muslime einschließlich der Drusen 48,8 %. Als Republik Libanon erhielt der Staat 1943 seine Unabhängigkeit, aber erst 1946 verließ die französische Armee das Land. Das an Syrien angeschlossene Gebiet Hatay wurde am 7. September 1938 formal als „Staat Hatay“ unabhängig, aber schon am 29. Juni 1939 an die Türkei angegliedert. Das geschah nach dem Willen der Franzosen, während die spätere Republik Syrien diesen Anschluss nicht anerkannte und lange Zeit auf ihren Landkarten die Region „unter türkischer Verwaltung“ führte. Mit der Selbständigkeit des Libanon fand sich die Regierung in Damaskus bis zur Gegenwart nicht ab, wie die Präsenz syrischer Truppen nicht nur im libanesischen Bürgerkrieg zeigte.

Die Existenz des nur neun Monate bestehenden Staates Hatay illustriert ebenso wie die Zusammensetzung des Parlaments in Beirut die nationale, ethnische und religiöse Problematik dessen, was Syrien ist. Im Staat Hatay ging der türkische Präsident Atatürk von einer türkischen Mehrheit von 80 % aus, aber nach offiziellen Statistiken der französischen Volkszählung waren von den 219 000 Einwohnern nur 38,9 % Türken. Es gab 46,2 % Araber, aber sie waren religiös gespalten in Alawiten, Sunniten und Christen. Daneben gab es noch 11,4 % Armenier, denn dort liegt der legendäre Musa Dagh, wo sich 1915 die Armenier mehrerer Dörfer erfolgreich verteidigten. Franz Werfel hat in seinem Roman *Die vierzig Tage des Musa Dagh* diesen Kampf unsterblich gemacht.

Der konfessionelle Gegensatz spielt noch heute im Libanon eine entscheidende Rolle, denn das Parlament wird bis heute nach Konfessionen und Religionen besetzt. Lange Zeit gab es im Libanon keine Volkszählungen. Nach dem Abkommen von 1943 betrug das Verhältnis von Christen zu Muslimen sechs zu fünf. Daher hatten von den 99 Sitzen in der Nationalversammlung, d. h. im Parlament in Beirut die Christen 54, die Muslime 45 Sitze. Die 54 Vertreter der Christen verteilten sich auf 30 Maroniten, elf Griechisch-Orthodoxe, sechs griechisch-katholische Melkiten, vier orthodoxe Armenier und je einen armenisch-katholischen Abgeordneten, einen Protestanten und einen anderen Christen. Die Muslime entsandten 20 Sunniten, 19 Schiiten und sechs Drusen. Der Staatspräsident war immer ein Maronit, der Ministerpräsident ein Sunnit und der Parlamentspräsident ein Schiit. Durch die Palästinaflüchtlinge von 1948, durch die höhere Geburtenrate der Muslime und die Auswanderung vieler Christen änderte sich dieses Kräfteverhältnis. Es führte seit 1975 zum blutigen Bürgerkrieg im Libanon, ein Vorspiel der heutigen Tragödie in Syrien. Dieser Krieg dauerte fast eineinhalb Jahrzehnte und wurde erst mit dem Abkommen von Taif beendet. Damals wurde die Zahl der Sitze im Parlament auf 128 erhöht, je 64 Sitze für Christen und

Muslime. Seitdem haben die Maroniten 34, die Griechisch-Orthodoxen 14, die Melkiten acht, die orthodoxen Armenier fünf und die anderen Christen je einen Sitz. Bei den Muslimen wurden den Sunniten und Schiiten je 27 Abgeordnete zugestanden, den Drusen acht und den vorher nicht berücksichtigten Alawiten zwei.

Die Gräueltaten des Libanon-Bürgerkrieges sind heute vergessen bzw. verdrängt oder wurden kaum zur Kenntnis genommen. Nur die zeitweise Invasion Israels hatte im Westen Empörung ausgelöst, vor allem wegen der einseitigen Solidarität vieler Europäer mit den Palästinensern. Solidarität mit den Christen fehlte damals fast völlig. Die Verfolgung der libanesischen Christen Ende der siebziger Jahre durch Muslime und Drusen im Libanon wurde totgeschwiegen. Das Werk *Kirche in Not/Ostpriesterhilfe* stellte 1980 in einer Sondernummer der Zweimonatszeitschrift *Echo der Liebe* fest: „... die zertrümmerten Tabernakel, die zerschossenen Kruzifixe, die geplünderten Pfarrkirchen und viele Tausende geschändeter Gräber bezeugen: Im Libanon gibt es eine Kirchenverfolgung.“

Die Bergpredigt war für diese Christen kein Handbuch des Überlebens. Die Friedensbewegung hat ihr Schicksal nicht beklagt. Vielleicht, weil es „nur“ Christen waren?

Seit über neun Jahren wiederholt sich Schlimmeres in Syrien. Das befürchten auch wieder die Christen im Libanon.

Rudolf Grulich

Termine

Wir hatten viel vorbereitet, um ein ansprechendes und interessantes Programm für die beiden Fahrten nach Wien zu bieten.

Schade, dass wir die Fahrten notgedrungen stornieren mussten und auch unsere Hoffnung, sie noch 2020 anbieten zu können, nicht in Erfüllung ging. Wir sind aber bestrebt und optimistisch, sie nächstes Jahr im späten Frühjahr oder Sommer durchführen zu können.

Dasselbe gilt von den Tagen der offenen Tür, die 2019 und Anfang 2020 nach dem Umzug in Ockstadt so positiv begannen und die wir 2021 gerne wieder aufnehmen möchten, notfalls auch in kleinerer Zahl, nach vorheriger Anmeldung mit Mundschutz und Mindestabstand.

Unser BÜCHERANGEBOT

Arnold Spruck, **„Wurzeln und Wege. Eine Geschichte der Katholiken in und um Nidda“**. 533 Seiten, EUR 16,80.

Michael Popović, Ivan Pfeifer (Hrsg.). **Der Ackermann aus Böhmen. Materialien einer deutsch-tschechischen Konferenz über den Tod und das Sterben**. 336 Seiten, EUR 16,80.

Helmut Gehrman, **Tschechischer nationaler Mythos als Politische Religion und Rückwirkung auf das Glaubensleben in den böhmischen Ländern 1848-1948**, (= Archiv für Kirchengeschichte von Böhmen-Mähren-Schlesien, Band XVII.) 528 Seiten, EUR 29,80.

Zur Seligsprechung von P. Engelmar Unzeitig:

Brigitte Muth-Oelschner, **Wo Gott nicht sein darf, schickt er einen Engel**. 279 Seiten, EUR 10,00.

Nidda-New York-Eger. Gedenkschrift zum 100. Geburtstag von Siegfried Strauss, eines jüdischen Niddaers, und Festschrift zum 70. Geburtstag von Wolfgang Stingl. 208 Seiten, EUR 14,80.

Böhmisch-mährische Medaillons. Festschrift zum 70. Geburtstag von Rudolf Grulich, Herausgegeben vom Haus Königstein, Nidda, 416 Seiten, EUR 19,80.

Rudolf Grulich, **Maria - Königin des Ostens. Wallfahrten zu marianischen Pilgerorten Osteuropas**. 164 Seiten, EUR 5,00.

Emil Valasek, **Der Kampf gegen die Priester im Sudetenland**. 240 Seiten, EUR 19,80.

Rudolf Grulich, **Konstantinopel. Ein Reiseführer für Christen**. 287 Seiten, EUR 14,80.

Arnold Spruck, **Wittichenau und die Länder der böhmischen Krone. Geschichte einer Nachbarschaft über 760 Jahre**. 272 Seiten, EUR 19,80.

Reihe Kirche und Heimat. Materialien zur Vertriebenenseelsorge:

Band 3: Hermann Heinisch, **„Dort auch bist ja Du mir nahe“**. Ein Rückblick in die Vergangenheit der Schicksalsjahre 1940 bis 1948. 384 Seiten, EUR 14,80.

Band 4: Rudolf Grulich – Wolfgang Stingl (Hrsg.), **Kirchliche Beheimatung in Franken**. 224 Seiten, EUR 14,80.

Band 5: Walter Schwarz, **Das Todesproblem in der Dichtung „Der Ackermann und der Tod“**. Mit einer Einführung von Rudolf Grulich, einer Melodramfassung des „Ackermann und der Tod“ und dem Opernlibretto von Dusan Robert Parizek. 112 Seiten, EUR 7,80.

Band 6: Patrick Strosche, **„Wohin soll ich mich wenden?“ Das Ringen um die Aufnahme ostdeutscher Kirchenlieder in das Gesangbuch des Bistums Mainz**, 2017. 192 Seiten, EUR 9,80.